

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Vereinte Nationen stärken - Multilateralismus voranbringen

Am 24. Oktober 2020 feiern die Vereinten Nationen (VN) ihren 75. Geburtstag. Die zeitlosen und universellen Werte der VN-Charta von 1945 bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft, zu der sich alle Mitgliedstaaten bekennen. Die VN haben sich in diesem Gründungsvertrag nicht nur dazu verpflichtet, über den Frieden in der Welt zu wachen, sondern auch weltweit den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern. Daher zählen der Schutz der Menschenrechte und die Sicherung nachhaltiger Entwicklung ebenso zum Aufgabenfeld, wie humanitäre Hilfe und die Stärkung des Völkerrechts. Angesichts wachsender globaler Herausforderungen geraten die Gremien der VN zunehmend in die Kritik und unter Druck. Die Organisation sei zu kraftlos und behäbig. Für die Fraktion der Freien Demokraten steht fest: Reformen sind unumgänglich und eine Anpassung des VN-Systems an die heutigen geopolitischen Realitäten ist notwendig. Letztlich ist jede Umstrukturierung aber an den politischen Willen der VN-Mitgliedsstaaten gebunden. Der Einsatz der deutschen Außenpolitik für die VN lohnt sich nach wie vor, denn keine andere internationale Organisation verfügt über die thematische Spannweite, die Legitimität und die globale Reichweite der VN.

Die Fraktion der Freien Demokraten setzt sich für die Verteidigung der liberalen Weltordnung und die Stärkung des Multilateralismus ein. In der Tradition unserer Außenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Klaus Kinkel und Guido Westerwelle stehen wir für internationale Kooperation zur Bewältigung globaler Krisen, für Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in unseren Außenbeziehungen, für die Öffnung der Märkte sowie für den friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen. Aus diesem Grund bleiben wir den VN verpflichtet. „Starke Vereinte Nationen sind deutsches Interesse“ (Guido Westerwelle).

Das Engagement in den Gremien der VN zählt seit der deutschen Wiedervereinigung zu den Kernelementen der deutschen Außenpolitik. Deutschland bewirbt sich alle acht Jahre für eine zweijährige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, bislang stets erfolgreich. Seit dem 1. Januar 2019 ist Deutschland erneut nichtständiges Mitglied. Unter deutschem Vorsitz gelangten wichtige Themen auf die Agenda des Rates, etwa die Rolle von Frauen bei der Friedenssicherung, die Vernetzung von Klima und Sicherheit oder die

internationale Abrüstung. Damit solche richtigen Impulse aber nicht verpuffen, muss auch die Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen tatkräftig begleitet werden. An dieser Stelle hat die Bundesregierung erheblichen Nachholbedarf. Worte und Taten klaffen hier zu oft weit auseinander.

Die Welt hat sich in den letzten 75 Jahren drastisch verändert. Neue politische und wirtschaftliche Kraftzentren sind entstanden. Das wachsende Gewicht asiatischer Akteure ist nicht mehr zu übersehen und auch die Entwicklungen in Technologie und Digitalisierung bringen neue Herausforderungen mit sich. 2020 ist ein Jahr voller Herausforderungen im Bemühen um Frieden und Zusammenarbeit in der Welt. Die Konflikte in Syrien, Libyen oder Jemen bleiben ungelöst, der Klimawandel schreitet voran und die Corona-Pandemie kann nur langsam eingedämmt werden. Die Zusammenarbeit der Staaten untereinander und innerhalb der VN ist heute relevanter denn je. Für die Fraktion der Freien Demokraten steht fest: Multilaterale Kooperation ist das Erfolgsrezept. Denn globale Herausforderungen erfordern eine gemeinsame Anstrengung. Als wichtigstes Forum des internationalen Austauschs bleiben die VN in unserer globalisierten Welt unverzichtbar. Auf die nächsten 75 Jahre!

Die Fraktion der Freien Demokraten stellt für die Stärkung der Vereinten Nationen die folgenden Punkte in den Mittelpunkt:

Multilateralismus voranbringen

Die Verteidigung der regelbasierten, liberalen Weltordnung und die Stärkung des Multilateralismus ist ein Kernpunkt liberaler Außenpolitik. Nur durch die regelbasierte, internationale Zusammenarbeit können wir Frieden sichern, Menschen- und Bürgerrechte verwirklichen, Wohlstand für alle ermöglichen und nachhaltige Entwicklung fördern. Angesichts der aktuellen Krise des Multilateralismus hat Bundesaußenminister Heiko Maas eine „Allianz der Multilateralisten“ zur Wahrung der internationalen Ordnung angekündigt und damit große Erwartungen geweckt. Die Bundesregierung wird diesen Erwartungen allerdings leider nicht gerecht. Das zeigt sich besonders an der mangelnden Unterstützung für die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, ihrer Sonderorganisationen und anderer internationaler Organisationen. Es wird Zeit, dass den Lippenbekenntnissen der Bundesregierung auch konkrete Taten folgen. Die Vereinten Nationen spielen für die Stärkung des Multilateralismus eine Schlüsselrolle. Allerdings ist ihre Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Unterstützung sowie durch zweckgebundene Zahlungen akut bedroht. Durch die Zweckgebundenheit gehen Gelder zwar formal an eine internationale Organisation, in der Praxis werden damit jedoch einzelstaatliche Politikziele verfolgt. Das läuft der multilateralen Entscheidungsfindung zur gemeinschaftlichen Lösung globaler Probleme entgegen. Deutschland nutzt solche Zweckbindungen bei Zahlungen an internationale Organisationen vermehrt. Die deutsche Außenpolitik darf die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen nicht schwächen, sondern muss eine Vorreiterrolle bei der Verteidigung und Stärkung des Multilateralismus einnehmen!

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Bei der Stärkung des Multilateralismus darf Deutschland kein Schlusslicht sein, sondern muss zur Spitzengruppe gehören! Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern müssen wir entschieden für die Stärkung des Multilateralismus eintreten.
- Deutschland muss sich an internationale Vereinbarung zur finanziellen Sicherstellung der Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen, wie z.B. den „UN Funding Compact“ und den „Grand Bargain“, nicht nur halten, sondern muss bei der Umsetzung eine Vorreiterrolle einnehmen.
- Die Allianz der Multilateralisten zur Wahrung der internationalen Ordnung muss mit Leben gefüllt werden. Dazu braucht es insbesondere die Einsetzung eines Sekretariats, das die Ideen sammelt und die Zusammenarbeit mit den relevanten VN-Organisationen koordiniert.
- Die Bundesregierung sollte den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen VN und EU aktiv koordinieren und unterstützen. Gemeinsam finanzieren die EU-Staaten über ein Drittel des Haushalts der Vereinten Nationen.

VN fit für die Zukunft machen

75 Jahre nach Gründung der VN und 74 Jahre nach der konstituierenden Sitzung des Sicherheitsrates ist es unumgänglich anzuerkennen, dass sich die Welt und auch die VN in dieser Zeit weiterentwickelt haben. Der Sicherheitsrat und viele weitere VN-Gremien haben dieser Entwicklung aber nur bedingt Rechnung getragen. Auch wenn die ursprüngliche Zahl der nicht-ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat in der Zwischenzeit von sechs auf zehn gewachsen ist, spiegelt dieser Aufwuchs bei weitem nicht die Zunahme an Mitgliedern in der gleichen Zeit wider. Daneben sind beispielsweise Afrika und Südamerika im Kreis der ständigen Mitglieder überhaupt nicht vertreten. Um die Akzeptanz und Arbeitsfähigkeit des Sicherheitsrates zu erhöhen, sind Reformen dringend notwendig.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Bundesregierung muss sich für einen ständigen europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einsetzen. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist eine Reform der regionalen Gruppen für Ost- und Westeuropa hin zu einer einheitlichen europäischen Gruppe innerhalb der VN. Die nicht-ständige Mitgliedschaft Deutschlands sollte noch stärker genutzt werden, um durch eine möglichst enge Abstimmung mit dem ständigen Mitglied Frankreich und den anderen EU-Mitgliedstaaten zu demonstrieren, wie ein europäischer Sitz in der Praxis aussehen könnte, um so den Weg für eine Reform des Sicherheitsrates zu ebnen.
- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass sich die ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrates bei Beschlüssen zu schweren Menschenrechtsverletzungen, Völkermord, Kriegsverbrechen und

Verbrechen gegen die Menschlichkeit verpflichten, auf ihr Veto-Recht zu verzichten.

- Deutschland muss sich gemeinsam mit seinen internationalen Partnern für eine stärkere und institutionalisierte Einbindung von NGOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen in die VN-Strukturen, beispielsweise in Form eines Forums zivilgesellschaftlicher Organisationen, einsetzen. Schließlich bilden Nichtregierungsorganisationen das zentrale Bindeglied zwischen den VN und der Zivilgesellschaft.
- Die Interparlamentarische Union muss zu einer parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen aufgewertet werden. Die stärkere Einbindung von Parlamentariern in die Arbeit der Vereinten Nationen soll zu mehr Bürgerpartizipation und Demokratie und damit letztlich auch zu mehr Legitimität für die Vereinten Nationen führen.
- Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss ein gleichwertiges Rederecht in der Hauptversammlung der Vereinten Nationen erhalten, damit die EU international mit einer Stimme spricht.

VN-Sonderorganisationen stärken

Die Arbeit der UN-Sonderorganisationen hat häufig unmittelbaren Einfluss auf Entwicklung und Wohlergehen weiter Teile der Weltbevölkerung und ist instrumental zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Gerade wegen der herausragenden weltweiten Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene ist es für die Fraktion der Freien Demokraten nicht hinnehmbar, wenn die UN-Sonderorganisationen zum Spielball kurzfristiger und eigennütziger Interessen von Staaten oder Individuen werden. Die aktuelle Covid-19-Pandemie hat dieses Problem am Beispiel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) verdeutlicht: Das Unterstützungsangebot Taiwans bei der Bekämpfung des Coronavirus wurde auf Initiative Chinas ausgeschlagen. Wir wollen einer solchen Politisierung von UN-Sonderorganisationen entgegenwirken, indem wir die Unabhängigkeit ihrer fachlichen Arbeit stärken.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Funktionsweise der UN-Sonderorganisationen muss durch eine kontinuierliche Überprüfung der Strukturen auf Effizienz und Effektivität verbessert und ihre Finanzausstattung mit Blick auf Auftrags- und Zielerfüllung angemessen dotiert werden. Nur so kann die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der UN-Sonderorganisationen nachhaltig gestärkt und ihre Governance verbessert werden.
- Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die WHO stärker, professioneller und unabhängiger wird. Dazu braucht die Organisation mehr Rechte gegenüber den einzelnen Mitgliedstaaten. Diese müssen völkerrechtlich dazu verpflichtet werden, frühzeitig und wahrheitsgemäß über Krankheitsausbrüche zu berichten.
- Die Bundesregierung sollte mehr denn je die FAO als UN Sonderorganisation stützen. Die Versorgung der Menschheit mit

Lebensmitteln wird mit zunehmender Bevölkerung schwieriger, weil einerseits Wald vor der Rodung bewahrt werden muss und andererseits Agrarflächen intensiviert werden müssen. Der Prävention von Hungersnöten weltweit kommt wegen Klimaänderungen eine höhere Bedeutung zu.

Völkerrecht achten

Die vielfältige Arbeit der VN basiert auf dem Völkerrecht, das die souveräne Gleichheit von Staaten festlegt und ihre Verantwortlichkeit regelt. Das Völkerrecht schützt und achtet die einzelnen Rechte aller Menschen und ermöglicht ein friedliches Miteinander. Die VN-Charta kodifiziert die wichtigsten Grundprinzipien des Völkerrechts. In ihrer Präambel versichern sich die Mitglieder der Vereinten Nationen, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“. Was wir vielerorts beobachten können, ist jedoch etwas Anderes: Völkerrechtliche Prinzipien und Regeln werden relativiert oder finden nur dann Anwendung, wenn sie den eigenen nationalstaatlichen Interessen nicht zuwiderlaufen. In anderen Fällen wird Völkerrecht missachtet und gebrochen und die gewaltsame Verschiebung von Grenzen wieder zum Mittel der Politik gemacht. Auch Angriffe auf die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) durch Sanktionen und Drohungen gegen den IStGH und seine Bedienstete sind nicht akzeptabel. Diesen Entwicklungen tritt die Fraktion der Freien Demokraten vehement entgegen: 75 Jahre nach Gründung der VN muss das Versprechen der Präambel angemaht und der Aushöhlung und Missachtung von Völkerrecht entschieden begegnet werden!

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Bundesregierung muss in ihren Außenbeziehungen noch stärker als bisher für die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte eintreten.
- Die Bundesregierung muss sich aktiv für die weltweite Anerkennung des IStGH einsetzen und in ihren bilateralen Beziehungen darauf hinwirken, dass weitere Staaten das Römische Statut ratifizieren und die bestehenden Mitgliedstaaten die Kooperation innerhalb der Vertragsstaatenversammlung des IStGH stärken.
- Der IStGH muss personell und finanziell besser ausgestattet werden, um der Vielzahl von Fällen nachzukommen. Um die Straflosigkeit bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden, ist eine Stärkung des IStGH unumgänglich.

Menschenrechte wahren

Der Schutz der Menschenrechte ist schon in Artikel 1 der VN-Charta als eines ihrer zentralen Ziele aufgeführt. Obwohl der Menschenrechtsschutz die dritte Säule der Organisation darstellt, bleibt das UN-Menschenrechtssystem unterfinanziert. Die Zahl der Mandate des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte nimmt in Anzahl und Umfang zu, dennoch erhielt das Büro nur

3,3% der gesamt UN-Haushaltsmittel für das Jahr 2020. Deutschland wurde von der Generalversammlung bis 2022 in den VN-Menschenrechtsrat gewählt. Damit ist eine besondere Verantwortung auf Deutschland zugekommen, sich für die Menschenrechte stark zu machen. Diese Rolle ist wichtiger denn je, denn Mitgliedstaaten versuchen systematisch das Menschenrechtssystem der VN zu schwächen. Mit den zeitgleichen Sitzen im Sicherheits- und Menschenrechtsrat versprach die Bundesregierung, Frieden und Sicherheit enger mit Menschenrechten zu verknüpfen. Den Worten müssen Taten folgen.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Bundesregierung muss Gespräche über eine Reform des VN-Menschenrates anstoßen, um mehr Glaubwürdigkeit und Transparenz für den Rat zu schaffen. Zusätzlich zu den formellen Sondertagungen können aus Sicht der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag informelle Sondertagungen erste Schritte einer Reform des Gremiums sein.
- Deutschland muss sich für die Aufwertung des VN-Menschenrates zu einem Hauptorgan der Vereinten Nationen – ähnlich dem Sicherheitsrat oder dem Wirtschafts- und Sozialrat einsetzen.
- Deutschland muss sich für einen Sonderbeauftragten für Pressefreiheit bei den Vereinten Nationen einsetzen. Erklärtes Ziel muss es sein, einen geeigneten Mechanismus in Gang zu setzen, um die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedsländer transparent zu überprüfen und auf einen besseren Schutz von Länderberichterstatern der VN hinzuwirken.
- Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern muss die Bundesregierung sich für eine Stärkung und den Ausbau des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte einsetzen. Das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung internationaler Menschenrechtsabkommen und fördert die Einhaltung der Menschenrechte weltweit.
- Die Bundesregierung muss sich auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene für Menschenrechte insgesamt und im Hinblick auf das digitale Zeitalter insbesondere für das Recht auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit einsetzen. In der EU muss die Einhaltung der Menschenrechte regelmäßig und systematisch geprüft werden und die europäische Grundrechteagentur muss nach dem Vorbild des Universellen Prüfverfahren der VN mit einem Mandat zur Bewertung der Menschenrechtssituation in den EU Mitgliedstaaten ausgestattet werden.

Ziele der Agenda 2030 umsetzen und Entwicklungszusammenarbeit international voranbringen

Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 sind richtungsweisende Zielsetzungen der VN, um weltweit nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum sicherzustellen. Von der unmittelbaren Umsetzung der Agenda 2030 durch die nationalen Maßnahmen zum Klimaschutz, bis hin zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Erreichung der SDGs leistet

Deutschland hier einen wichtigen Beitrag. Eine zügige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert dabei jedoch einen kohärenten Ansatz innerhalb der Bundesregierung, insbesondere zwischen Außen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik sowie eine Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Bundesregierung muss bei der Entwicklungszusammenarbeit eine verstärkte und konsequente Förderung internationaler Organisationen, wie der Vereinten Nationen und der Weltbank sowie deren Programme verfolgen. Im Zuge der Stärkung des multilateralen Engagements sollen die Sonderinitiativen des BMZ schrittweise aufgelöst und die frei werdenden Mittel teilweise den multilateralen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.
- Die Bundesregierung muss sich für klar definierte, fortlaufend ergänzte und angepasste Entwicklungsziele in der bilateralen EZ engagieren, die sich an den SDGs orientieren. Darüber hinaus müssen sämtliche im EZ-Bereich ergriffenen Maßnahmen im Rahmen einer unabhängigen Evaluierung unter anderem unter Effizienz-Gesichtspunkten und auf Kohärenz mit den Maßnahmen der multilateralen EZ geprüft werden.
- Deutschland muss sich für einen deutlichen Ausbau multilateraler Gesundheitsstrukturen für Familienplanung wie dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen einsetzen. Auf europäischer Ebene muss sich die Bundesregierung für ein europäisches Programm für Familienplanung einsetzen, welches die Folgen der Wiedereinführung der Global-Gag-Rule durch die USA aushebelt. Ein hohes Bevölkerungswachstum steht oft der Entwicklung und dem Wohlstand vieler ärmerer Ländern entgegen. Durch Investitionen in Maßnahmen für Gesundheit, insbesondere der sexuellen und reproduktive Gesundheit, und Bildung sowie durch die Stärkung der Rechte von Frauen und eine Stärkung der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung lässt sich diese Entwicklung abmildern.
- Deutschland muss sich stärker für den Ausbau multilateraler Impfprogramme, wie bspw. die Impfallianz Gavi einsetzen. Impfungen sind die stärkste Waffe gegen vermeidbare Krankheiten. Trotz einiger Erfolge ist die Zahl der Kinder, die jährlich an vermeidbaren Krankheiten sterben, erschreckend. Die Impfprogramme dürfen auch in Zeiten der Corona-Pandemie nicht vernachlässigt werden. Die Bekämpfung von Covid-19 erfordert zusätzliche finanzielle Hilfen, und darf nicht auf Kosten der bestehenden Programme erfolgen.
- Deutschland muss sich für eine Ächtung negativer Waldbilanzen bei den VN einsetzen, um den Verlust der restlichen Wälder zu verhindern.

Deutschlands Engagement in den VN stärken

Deutschland ist zwar kein VN-Gründungsmitglied, leistet seit der Aufnahme der beiden deutschen Teilstaaten 1973 in die VN und insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 aber zahlreiche Beiträge zum VN-System

und setzt sich für ein friedliches und nachhaltiges Miteinander ein. Nach den USA, China und Japan gehört Deutschland inzwischen zu den größten Geldgebern für den regulären VN-Haushalt. Nichtsdestotrotz birgt das deutsche VN-Engagement noch einiges an Verbesserungspotential. Beispielsweise leistet Deutschland einen vergleichsweise geringen Beitrag für die VN-Friedensmissionen. Auch die kohärente Koordination der strategischen und finanziellen Ausrichtung Deutschlands in den VN ist ausbaufähig. Als überzeugter Unterstützer einer multilateralen Weltordnung kann Deutschland in den VN noch mehr leisten!

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Die Bundesregierung muss eine nachhaltige VN-Strategie entwickeln, welche die Ziele der deutschen VN-Politik klar formuliert und zwischen den einzelnen Bundesministerien koordiniert.
- Die Bundesregierung muss deutsche Bewerber für VN-Posten unterstützen und ihre Karrieren in Behörden und Institutionen der VN aktiv begleiten sowie insgesamt eine ressortübergreifend abgestimmte strategische Personalentwicklungs- und Stellenbesetzungsstrategie vornehmen.
- Die Bundesregierung muss die derzeitige Praxis der verschiedenen Zweckbindungen bei Zahlungen an internationale Organisationen überprüfen und hinsichtlich ihrer Wirkung evaluieren. Im Einzelnen dürfen Zweckbindungen aus unserer Sicht nur dort angewendet werden, wo ihre Vorteile die Nachteile überwiegen. Insgesamt muss das Ziel eine Reduzierung der Zweckbindungen sein.
- Deutschland muss durch eine verstärkte Beteiligung an den militärischen, polizeilichen und zivilen Komponenten von VN-Friedensmissionen noch aktiver die Beendigung von Konflikten und somit die Schaffung von Frieden voranbringen.

VN in Deutschland bekannter machen

Gemessen an den weitreichenden Auswirkungen, die die Entscheidungen mancher VN-Gremien haben, erfahren VN-Angelegenheiten in der deutschen Öffentlichkeit leider relativ wenig Beachtung. Die Bundesregierung sollte deshalb regelmäßig über Ihre VN-Arbeit berichten und vermehrt öffentliche Informationen und Materialien über das deutsche Wirken bei den VN bereitstellen. Studentische Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Interessierten die VN näher zu bringen, leisten in diesem Bereich eine sehr gute Arbeit. Die Bundesregierung muss mehr tun, um Aufgaben, Ziele und Strukturen der VN in Deutschland bekannter zu machen!

Die Fraktion der Freien Demokraten fordert:

- Das 75. Jubiläum muss öffentlichkeitswirksam von der Bundesregierung begleitet werden, um die Vereinten Nationen in Deutschland bekannter zu machen.

- Die Bundesregierung muss durch die Förderung von Projekten und Simulationen wie Model United Nations die Jugend stärker an die Arbeit der Vereinten Nationen heranführen.
- Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. bietet zahlreiche Informationen und Analysen an und sollte noch stärker unterstützt werden.
- Es bedarf einer regelmäßigen Plenardebatte des deutschen Bundestags über den VN-Bericht der Bundesregierung und insgesamt eine häufigere Befassung des Plenums mit wichtigen Fragen der VN-Politik.
- Der Unterausschuss „Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung“ muss von einem Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses zu einem vollwertigen Ausschuss des Deutschen Bundestags aufgewertet werden. Multilateralismus ist nicht nur ein Teilbereich der auswärtigen Politik, sondern erstreckt sich durch alle Politikfelder. Daher erfolgt die Vertretung Deutschlands in den Gremien vieler UN-Sonderorganisationen nicht federführend durch das Auswärtige Amt, sondern durch die jeweiligen Fachressorts. Diese Praxis des Multilateralismus muss sich auch in der Arbeitsweise des Deutschen Bundestags widerspiegeln.
- Die Bundesregierung sollte regelmäßig öffentlich über den Status multilateraler VN-Verträge und ihrer Umsetzung berichten und ihre Begründungen darlegen, welche dieser Verträge noch nicht unterzeichnet/ratifiziert wurden.
- Der zweite Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Resolution 1325 muss für die Folgejahre weitergeführt werden und durch Umwidmungen im Haushalt endlich mit einem eignen Budget unterlegt werden. Die Rolle von Frauen bei der Friedenssicherung und in Konflikten ist ein zentrales Thema der deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Die Mitwirkung von Frauen in Krisenprävention und der Nationale Aktionsplan müssen sich zu öffentlichen und expliziten Themen entwickeln.

Ansprechpartner:

Ulrich Lechte MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung

Telefon: 030 227 - 75361 – E-Mail: ulrich.lechte@bundestag.de